



GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 08 - 2013
Berlin, Oktober 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 22. September 2013 haben die Wählerinnen und Wähler einen neuen Deutschen Bundestag gewählt. Die kommenden Wochen versprechen spannend zu werden! Die Sondierungsgespräche haben ergeben: CDU/CSU und SPD wollen über eine große Koalition verhandeln.

Nun kommt es auf die Inhalte an! Die Wählerinnen und Wähler haben ihre Erwartungen an die neue Regierung bereits im Vorfeld formuliert: Im September wurden 5.610 E-Cards an die Parteien mit persönlichen Erfahrungen und Wünschen zum Thema Pflege versendet. Zu dieser Aktion hatte das Bündnis für gute Pflege aufgerufen.

Im weiteren Verlauf geht es nun darum, die Koalitionsverhandlungen kritisch zu begleiten und immer wieder darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es ist, dem Thema Pflege einen hohen Stellenwert einzuräumen!

Die Aktivitäten des Bündnisses für gute Pflege sowie der Mitglieder und Unterstützer des Bündnisses werden wir auch weiterhin in einem Newsletter zusammenfassen!

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen haben, dann schreiben Sie uns eine [E-Mail](#).

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

Bündnis für gute Pflege - Infodienst

[I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege](#)

[1.1 E-Card Aktion: Das erwarten die Wählerinnen und Wähler von der neuen Regierung!](#)

[II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege](#)

[2.1 KDA und FES: Deutschland braucht ein neues Verständnis von Pflege](#)

[2.2 AWO: Pflegeberatung veröffentlicht neue Informationsblätter](#)

[2.3 AWO: Bundestagswahl 2013](#)

[2.4 DEVAP: DEVAP-Erklärung: 300 Praktiker setzen Signal an die Bundespolitik](#)

[2.5 DBfK: Veröffentlicht: Kodex für Pflegeunternehmer/innen im DBfK](#)

[2.6 AWO: Sichere Arbeitsverhältnisse und gerechtere Löhne](#)

[2.7 DBfK: Deutsche Pflegebildung europaweit abgehängt](#)

[2.8 AWO und SoVD: 60 Minuten für die Pflege](#)

[2.9 Beitrag auf \[www.schwaebische.de\]\(http://www.schwaebische.de\) über die Aktion "Die Pflege liegt am Boden"](#)

[III. Veranstaltungen und Termine](#)

[3.1 DGB: „Aufbruch für eine bessere Pflege“ am 30.10.2013 in Berlin](#)

[3.2 Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk: Pflegetreff am 19.11.2013 in Neuss-Erfttal](#)

[3.3 Gesellschaft für Politische Bildung: "Gar nicht pflegeleicht!" Seminar vom 02.-06.12.2013 in Würzburg](#)

I. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

1.1 E-Card Aktion: Das erwarten die Wählerinnen und Wähler von der neuen Regierung!

[nach oben](#) ↑

Erwartungen der Wählerinnen und Wähler an die neue Regierung zum Thema Pflege

Vor der Bundestagswahl hatte das Bündnis für Gute Pflege Wählerinnen und Wähler dazu aufgerufen, ihre persönlichen Erfahrungen und Forderungen in der Pflege an die im Bundestag vertretenen Parteien zu schicken. Insgesamt wurden daraufhin im September 5.610 E-Mails an die Parteien versendet, um auf den dringenden Handlungsbedarf in der Pflege hinzuweisen. Wichtig war den Absenderinnen und Absendern vor allem:

- mehr Wertschätzung und Anerkennung für beruflich Pflegende,
- bessere Bezahlung und Anerkennung
- bessere personelle Ausstattung
- mehr Geld für Pflege insgesamt
- Einführung einer Bürgerversicherung
- Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs
- bessere Unterstützung von Pflegebedürftigen und Angehörigen sowie
- allgemein dem Thema Pflege in der Politik mehr Aufmerksamkeit und Gewicht zu verleihen, da Pflege (irgendwann) jeden angeht.

Nicht zuletzt aufgrund dieser zahlreichen Rückmeldungen interessierter Bürgerinnen und Bürger fordert das Bündnis für Gute Pflege gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode alle neuen Mitglieder des Bundestages dazu auf, darauf hinzuarbeiten, dass die zwingend notwendigen Veränderungen in der Pflege eingeleitet werden. Die Abgeordneten sind gebeten, die Forderungen zum Thema Pflege in die politische Diskussion einzubringen und so Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu stärken.

II. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

2.1 KDA und FES: Deutschland braucht ein neues Verständnis von Pflege

[nach oben](#) ↑

Deutschland braucht ein neues Verständnis von Pflege

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe und die Friedrich-Ebert-Stiftung legen eine umfassende Pflegereform vor. Die Würde der pflegebedürftigen Menschen und eine neue Infrastruktur der Versorgung sind Dreh- und Angelpunkte.

Berlin, 5. August 2013. Deutschland braucht möglichst rasch eine umfassende Pflegereform, damit alle Pflegebedürftigen ihre Würde und möglichst lange ihre Selbstständigkeit behalten können. „Wir alle wissen, dass die Zahl der älteren Menschen mit körperlichen wie geistigen Einschränkungen zunimmt. Trotzdem fehlt bisher eine Reform, die die Situation der pflegebedürftigen Menschen und an der Pflege beteiligten Personen grundlegend verbessert“, sagt Dr. h. c. Jürgen Gohde, Vorsitzender des Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) und Leiter der Arbeitsgruppe.

Pflege muss vor Ort neu aufgestellt werden, nicht nur von den Pflegekassen sondern auch von Kommunen und der Zivilgesellschaft. Versorgungsmängel in schwierigen Fällen und die Verschiebepunkte zwischen den Sozialleistungsträgern müssen ein Ende haben. Zu diesem Schluss kommt eine Arbeitsgruppe aus 25 Expertinnen und Experten verschiedener Fachrichtungen, die vom KDA und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) angeführt wurden. Sie legt heute in Berlin ein entsprechendes Positionspapier vor. Darin fordern die Experten, einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff so rasch wie möglich einzuführen, die Teilhabemöglichkeiten älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben zu verbessern, neue Wohnformen zu fördern und der Pflege eine Bedeutung zu geben, die nicht mehr ignoriert werden kann – in den Kommunen, in der Infrastruktur sowie in den Sozialgesetzen.

Die Arbeitsgruppe hat die Probleme im derzeitigen System identifiziert. So sei das heutige Sozialrecht noch nicht ausreichend auf die Pflege ausgerichtet. Leistungen seien nicht genügend aufeinander abgestimmt, es fehle mit wachsender Dramatik an Fachpflegekräften. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege seien häufig deshalb schlecht, weil sich die Pflegenden wenig Zeit für ihre Kunden nehmen könnten. Familien müssten besser unterstützt werden, wenn sie einen Pflegefall betreuten. Die Experten sahen faktisch keine Stellschraube im Pflegesystem, die nicht neu justiert werden müsse. Dazu zähle auch eine deutlich bessere Finanzausstattung.

Das Gesamtkonzept von KDA und FES sieht ein neues Leitbild für die Pflegebedürftigkeit vor. Sein Kern ist die Achtung vor Selbstbestimmung und Würde alter Menschen. Sich um das seelische Wohl der Menschen zu kümmern soll ebenso wie die medizinische Versorgung Teil der Pflege werden. Zudem fordern die Experten, Prävention und Rehabilitation stärker zu nutzen und einen Rechtsanspruch auf Prävention zu verankern. Menschen müssten vorrangig zu Hause unterstützt werden, damit ein Umzug ins Pflegeheim hinausgezögert werden könne. Die Heime selbst sollten künftig Beratung und Hilfe auch für die ambulante Pflege anbieten, sich in die Wohnviertel öffnen und zu Zentren für ältere Menschen werden. Zudem müssten Kommunen stärker verpflichtet werden und sich selbst verpflichten. Sie sollten künftig stärker entscheiden, die verschiedenen Hilfsangebote personenbezogen verzahnen und die Infrastruktur ausbauen. Institutionelle Interessen müssen dahinter zurück stehen. Wichtig ist KDA und FES auch eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.

„Wir müssen uns bald um einen nationalen Aktionsplan zur Verbesserung der Situation der pflegebedürftigen Menschen kümmern. Dann können wir dafür sorgen, dass Menschen trotz der demografischen Entwicklung in Würde altern können. Aber wir müssen bald handeln. Es ist fünf vor zwölf“, sagt Severin Schmidt, Leiter des Gesprächskreises Sozialpolitik bei der FES.

Pressekontakt:

Simone Helck, E-Mail: presse@kda.de; Telefon: 0221/931847-10

2.2 AWO: Pflegeberatung veröffentlicht neue Informationsblätter

[nach oben](#) ↑

18.09.2013 - AWO-Pflegeberatung veröffentlicht neue Informationsblätter

„Wer zum ersten Mal eine Pflegeberatung in Anspruch nimmt, erhält viele neue und wichtige Informationen auf einmal“, so AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker anlässlich der heute erschienenen [Informationsblätter](#) der AWO Pflegeberatung und erklärt weiter: „Wer sich noch nicht mit dem Thema Pflege befasst hat, wird diese kaum alle behalten und nutzen können.“ „Oftmals ergeben sich erst in der Reflexion des Beratungsgesprächs konkrete Fragen. Dafür erarbeitete die AWO Informationsblätter, die pflegenden Angehörigen und Betroffenen ermöglichen, Beratungsinhalte in aller Ruhe zu Hause nachzulesen“, erklärt Döcker das neue Angebot.

Die Materialien geben Information und Anleitung auf Fragen wie zum Beispiel:

- Wie erhalte ich Leistungen der Pflegeversicherung?
- Wer unterstützt bei der Pflege, wenn ich Urlaub brauche?
- Wie kann ich Beruf und Pflege vereinbaren?
- Wie unterstützt die Pflegeversicherung bei der Pflege zu Hause?

Die AWO bietet seit mehreren Jahren erfolgreich Pflegeberatung telefonisch, online und vor Ort an. Kostenlos erhalten pflegende Angehörige Beratung rund um das Thema Pflege und Altern. Aber auch pflegebedürftige Menschen und weitere Interessierte wenden sich mit ihren Pflegefragen an die Experten der AWO.

Weitere Informationen

www.awo-pflegeberatung-online.de

www.awo-pflegeberatung-online.de

2.3 AWO: Bundestagswahl 2013

[nach oben](#) ↑

23.09.2013 - Bundestagswahl 2013

„Die AWO gratuliert allen Parteien, die sich erfolgreich um die Stimmen der Menschen in diesem Land beworben haben und die nun in den 18. Deutschen Bundestag einziehen können“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler und ergänzt: „Von der sich neu zu bildenden Bundesregierung erwarten wir, dass sie sich wieder für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzt. Es gilt nun, keine Zeit zu verlieren und die vielen vor uns liegenden wichtigen sozialen Zukunftsfragen anzupacken.“

So müssen die Rahmenbedingungen für gute Arbeit geschaffen werden. Dazu gehört die systematische Eindämmung der atypischen Beschäftigung, die in den letzten Jahren überhand genommen hat. Die AWO fordert zudem einen Mindestlohn von 8,50 und eine Stärkung des Tarifsystems. Eine der Hauptaufgaben der kommenden Bundesregierung muss die Bekämpfung der sich zuletzt stark verfestigenden Armut und auch der Altersarmut werden. Dies bedeutet auch, dass überall eine qualitativ gute Kinderbetreuung gewährleistet werden muss, die den Bedürfnissen der Eltern und Kinder, zum Beispiel in Bezug auf den zeitlichen Umfang, entspricht. Dazu bedarf es einer finanziellen Umverteilung der Betreuungskosten zugunsten der Kommunen, d.h. einer dauerhaft größeren finanziellen Verantwortung des Bundes. Hierfür könnte die zukünftige Bundesregierung, die für das Betreuungsgeld eingeplanten Mittel verwenden und diese Leistung ersatzlos streichen.

Einen besonders dringenden Reformbedarf sieht die AWO bei den Renten, die auch zukünftig einen auskömmlichen Lebensstandard garantieren können müssen. Dazu fordert die AWO den Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die weitere Berufsgruppen einzubeziehen sind. Darüber hinaus erwartet die AWO von einer neuen Bundesregierung, dass sie zügig die Weichen für eine grundlegende Pflegereform

stellt, bei der bspw. ein neuer, erweiterter Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt und die Finanzierung langfristig und nachhaltig gesichert wird (solidarisch, paritätisch und im Umlagesystem ohne einseitige Belastung der Versicherten oder Privatisierung von Risiken).

Die zukünftige Bundesregierung sollte bessere Rahmenbedingungen für das Bürgerschaftliche Engagement schaffen. Es darf nicht zu einem Lückenbüßer für fehlende bzw. gekürzte sozialstaatliche Leistungen und damit zur Gewährleistung öffentlicher Infrastruktur funktionalisiert werden.

Im Bereich der Migrationspolitik sieht die AWO eine der besten Möglichkeiten, Rassismus zu bekämpfen darin, dass alle in Deutschland lebenden Menschen ein Recht auf Arbeit erhalten. Deutschland ist ein Einwanderungsland, entsprechend sollte sich die zukünftige Bundesrepublik positionieren. Für die AWO stellt es einen grundsätzlichen Widerspruch dar, wenn Menschen, die hier leben und arbeiten möchten, nicht arbeiten dürfen und stattdessen im Ausland aufwändige Fachkräfterekrutierungsprogramme durchgeführt werden. Grundsätzlich erwartet die AWO in Sachen Fachkräftemangel, der mittlerweile in allen sozialen Berufen besorgniserregende Ausmaße angenommen hat, von der zukünftigen Bundesregierung neue Impulse.

Eine der größten Herausforderungen der künftigen Bundesregierung wird jedoch darin bestehen, die zunehmende Zahl von sozialpolitisch herausragenden Querschnittsthemen und Schnittstellen zu überwinden. Die AWO wünscht daher der zukünftigen Regierungskoalition viel Tatkraft und den notwendigen Gestaltungswillen, den es braucht, um der Republik wieder ein sozialeres Antlitz zu verleihen.

2.4 DEVAP: DEVAP-Erklärung: 300 Praktiker setzen Signal an die Bundespolitik

[nach oben](#) ↑

Berlin, den 04.10.2013 - DEVAP-Erklärung 2013

300 Praktiker setzen Signal an die Bundespolitik

Der 12. DEVAP-Bundeskongress, der Ende September in Berlin stattfand, endete mit einem Höhepunkt: 300 Verantwortungsträger aus der evangelischen Altenhilfe verabschiedeten eine Erklärung des DEVAP. Mit diesem Votum setzten die aus ganz Deutschland angereisten Praktiker ein starkes politisches Signal. Mit der „DEVAP-Erklärung 2013 – die Zukunft der Pflege gestalten“ fordern die Veranstalter ein umgehendes Umsteuern in der Pflege, denn, wie es die DEVAP-Vorsitzende Renate Gamp formulierte: „Wir haben kein Erkenntnisproblem in der Pflege, sondern ein Umsetzungsproblem.“

„Wir brauchen umgehend eine nachhaltige Reform mit Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, der unverzüglichen Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der Weiterentwicklung realistischer Qualitätsprüfsysteme und einer regelhaften Koordination und Förderung sozialräumlicher Arbeit“, fasste Renate Gamp die Hauptforderungen zusammen. Der DEVAP benennt klare Zahlen: Für die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sind die dafür erforderlichen mindestens fünf Milliarden Euro bereitzustellen. Um bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege zu erreichen, wozu unter anderem die vollumfängliche Refinanzierung der tariflich vereinbarten Gehälter gehört, müssen die Leistungen der Pflegekassen bis 2020 schrittweise verdoppelt werden. Das Forderungspapier ist das Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses der DEVAP-Gremien und der Mitglieder zu den Erwartungen an die neue Regierung. Ausgangspunkt waren dabei bestehende Strategiepapiere des DEVAP und der Diakonie Deutschland. Ein Entwurf wurde bereits im November 2012 vorgestellt und seitdem in einem Internetforum und in den DEVAP-Gremien weiter diskutiert, wobei darauf geachtet wurde, dass das Papier knapp und übersichtlich sein bleibt.

„Mit diesen Erwartungen wollen wir in die nächste Legislaturperiode starten. Wir wollen ein Signal an die Politik setzen, indem wir die Erklärung unmittelbar nach der Regierungsbildung an die neue Bundesregierung übergeben“, erklärt die DEVAP-Vorsitzende. „Das Erfüllen

dieser Forderungen bildet die Voraussetzung dafür, dass auch künftige Generationen von Menschen mit Pflegebedarf angemessen begleitet werden können.“

Die Erklärung finden Sie [hier](#).

Kontakt: Imme Lanz, Geschäftsführerin, Telefon 030 83001-277
E-Mail: lanz@devap.de

2.5 DBfK: Veröffentlicht: Kodex für Pflegeunternehmer/innen im DBfK

[nach oben](#) ↑

Veröffentlicht: Kodex für Pflegeunternehmer/innen im DBfK

Berlin, 04. Oktober 2013

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) vertritt nicht nur im Pflegeberuf tätige Einzelpersonen, sondern auch Leistungserbringer der ambulanten und teilstationären Pflege. Eine Expertengruppe aus dem Kreis der im DBfK organisierten Pflegeunternehmerinnen und Pflegeunternehmer hat einen Kodex erarbeitet, der heute in Berlin veröffentlicht wurde. In sechs Artikeln definieren sie den Maßstab, an denen sie sich in ihrem unternehmerischen Handeln messen lassen wollen. Dies betrifft die Unternehmensführung, Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Umwelt, Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die respektvolle Betreuung von Pflegekunden, Verlässlichkeit und Fairness gegenüber Kooperations- und Vertragspartnern sowie die Identifikation mit Zielen und Grundsätzen des DBfK. Als Mitglieder im DBfK sind sie gleichzeitig dem vom Weltverband der Pflegeberufe (ICN) erlassenen „ICN-Ethikkodex für Pflegenden“ verpflichtet. Die Artikel des DBfK-Pflegeunternehmerkodex im Einzelnen:

Wir Pflegeunternehmerinnen und Pflegeunternehmer im Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ...

Artikel 1

... sichern durch unser konzeptionelles und betriebswirtschaftliches Denken, Wissen und Handeln die Kontinuität unserer Pflegeunternehmen.

Artikel 2

... sind uns unserer Verantwortung für die Gesellschaft und die Umwelt bewusst.

Artikel 3

... wissen, dass Mitarbeiterzufriedenheit die Voraussetzung für Patienten-/Kundenzufriedenheit ist.

Artikel 4

... pflegen und begleiten den Menschen als Individuum in seiner Lebenssituation.

Artikel 5

... arbeiten partnerschaftlich mit verschiedenen Vertrags- und Kooperationspartnern zusammen.

Artikel 6

... unterstützen unseren Verband, tragen seine Grundsätze und Ziele mit und weiter. Durch unsere Mitgliedschaft im DBfK signalisieren wir unser berufspolitisches Denken und Handeln.

Die detaillierte Fassung des Kodex finden Sie [hier](#) als Download.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de

2.6 AWO: Sichere Arbeitsverhältnisse und gerechtere Löhne

[nach oben](#) ↑

09.10.2013 - Sichere Arbeitsverhältnisse und gerechtere Löhne

Unabhängig davon, welche Parteien künftig die Bundesregierung bilden werden, erwarten die Bürger laut aktuellem AWO Sozialbarometer eine Politik, die sichere Arbeitsverhältnisse ermöglicht, Löhne von denen man Leben kann gewährleistet und Altersarmut verhindert. „Die Menschen spüren, dass es ihnen im Alltag oftmals nicht so gut geht, wie ihnen bestimmte Interessenvertreter glauben machen wollen“, so der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. „Die deutlich belegte Erwartungshaltung der Menschen erfordert deshalb eine sozial ausgewogene Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und verbietet jegliche Forderungen nach einem Sozialabbau“, betont Stadler.

93 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sich eine zukünftige Bundesregierung dafür einsetzen sollte, dass man von seiner Arbeit leben kann. „Die Menschen merken sehr wohl, was für ein Druck derzeit in der Arbeitswelt herrscht. Klar ist, Arbeit muss vor Armut schützen und darf nicht zur Armutsfalle werden,“ betont der AWO Bundesvorsitzende. In diesem Zusammenhang sei es keineswegs verwunderlich, wenn 72 Prozent der Bürger der Aussage zustimmen, die Bundesregierung möge sich für einen Mindestlohn stark machen. „Der Mindestlohn kann vermeiden, dass viele Menschen trotz einer Vollzeitstelle zum Sozialamt gehen müssen“, erläutert Stadler. Die AWO halte einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zunächst 8,50 Euro für angemessen. „Darüber hinaus sind Tariflöhne zu stärken, Minijobs weitestgehend abzuschaffen und Leiharbeit auf die Abdeckung von Auftragsspitzen und Auftragsschwankungen zu konzentrieren, für die der Grundsatz 'gleicher Lohn für gleiche Arbeit' gelten muss“, fordert Stadler.

84 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, wonach die künftige Bundesregierung die Bürger vor Altersarmut schützen solle. „Um Altersarmut wirklich vorzubeugen, brauchen die Arbeitnehmer in Deutschland gerechte Löhne und gesicherte Arbeitsverhältnisse.“ Altersarmut könne zugleich verhindert werden, wenn die gesamte berufstätige Bevölkerung in die gesetzliche Rentenversicherung einzahle. „Das Rentensystem braucht mehr Solidarität. Schluss mit den Sonderwegen für Beamte und einzelne Berufsgruppen“, fordert der AWO Bundesvorsitzende Stadler. Die Altersarmut vieler zukünftiger Rentner werde nur verhindert, wenn die Einnahmen der Rentenversicherung gesteigert würden.

76 Prozent der Bürger erwarten von einer künftigen Bundesregierung, dass ‚Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren sind‘. „Wir als AWO fordern hierbei seit Jahren, den Kitausbau – quantitativ wie qualitativ – massiv zu fördern“, erklärt Stadler. So ließen sich etwa mit den geplanten Mitteln des völlig unsinnigen Betreuungsgeldes bis zu 50.000 Erzieherstellen schaffen. Der Bund müsse zudem dauerhaft einen Großteil der Betriebs- und Personalkosten der Kitas übernehmen. Nur so könne sichergestellt werden, dass alle Kinder, unabhängig von ihrem Wohnort, die Chance auf eine qualitativ gute Kita-Betreuung erhielten. „Unser Anspruch und unser Ziel muss es sein, die Entwicklung jedes Kindes bestmöglich begleiten und fördern zu können und den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende.

Weitere Informationen unter www.awo-sozialbarometer.org.

2.7 DBfK: Deutsche Pflegebildung europaweit abgehängt

[nach oben](#) ↑

Deutsche Pflegebildung europaweit abgehängt

Berlin, 09. Oktober 2013


Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) begrüßt, dass die EU-Kommission nach

35 Jahren die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen reformiert und EU-weit die Mindeststandards für die Ausbildung angepasst hat. Die heute im Europaparlament in Straßburg verabschiedete Neufassung der Richtlinie macht deutlich, dass sich auch die Gesundheits- und Krankenpflege europaweit den Herausforderungen der Gesundheitsversorgung stellen muss. Gute Allgemeinbildung ist dafür neben der fachlichen Qualifizierung wesentliche Voraussetzung! „Deutschland isoliert sich bei der Frage der Zulassung zur Pflegeausbildung. Die EU-Kommission wollte die Ausbildungsvoraussetzung auf zwölf Jahre Schulbildung oder Äquivalente anheben – den Standard in 24 von 28 Mitgliedsländern. Die deutsche Bundesregierung hat dieses Vorhaben mit allen Mitteln blockiert. Der noch amtierende Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr brüstet sich öffentlich, damit einen drohenden Pflegenotstand verhindert zu haben. Dabei wurde der deutschen Pflege ein Bärendienst erwiesen“, sagt DBfK-Vizepräsidentin Gertrud Stöcker heute in Berlin. „Das deutsche Pflegeniveau driftet im internationalen Vergleich in die Zweitklassigkeit ab und die neue Richtlinie ist ein Beleg dafür. Das Zugeständnis, die Anerkennung auch nach 10 Jahren allgemeiner Schulbildung zu gewähren, ist ein Armutszeugnis für die Pflegebildungspolitik in Deutschland. Der auch in Brüssel äußerst kritisch gesehene Trend zur Dequalifizierung in der deutschen Pflege setzt sich fort. Die einzige Strategie deutscher Gesundheitspolitiker ist offenbar die Senkung des Bildungsniveaus, um den Zugang zum Pflegeberuf für möglichst alle offen zu halten. Persönliche und intellektuelle Eignung spielen immer weniger eine Rolle. So wird ein einstmals attraktiver Beruf mit Perspektiven systematisch abgewirtschaftet.“, so Stöcker.

Das Europaparlament in Straßburg hat in seiner heutigen Sitzung die Reform der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (RL 2005/36/EG) beschlossen. Aufgrund deutscher Interventionen enthält sie folgenden Kompromiss: Die Zulassung zur Ausbildung zur Pflegefachperson, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind, setzt Folgendes voraus: entweder eine zwölfjährige allgemeine Schulbildung (...) oder eine mindestens zehnjährige allgemeine Schulbildung. Artikel 31, § 2 Darüber hinaus werden Kompetenzen als Mindestanforderungen definiert, die künftig alle Gesundheits- und Krankenpfleger/innen in ihrer Ausbildung erwerben müssen (Artikel 31, § 7 und Anhang V, Artikel 5.2.1). Die Umsetzung erfolgt in nationaler Gesetzgebung innerhalb einer Frist von 2 Jahren.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.8 AWO und SoVD: 60 Minuten für die Pflege

[nach oben](#) 

60 Minuten für die Pflege

Zur Zeitumstellung am 27. Oktober rufen AWO und SoVD Journalistinnen und Journalisten auf, die „gewonnene Zeit“ für eine „andere“ Art der Berichterstattung über Pflege und Alter zu spenden.

Fachkräftemangel, Pflege-TÜV, Minutenpflege, Rattenbiss: Derzeit wird über Altenpflege meist nur im Zusammenhang mit Pflegeskandalen und Kostenexplosion geredet. Doch rückt die Berichterstattung darüber in den Hintergrund, ebbt das Interesse meist schnell wieder ab. Zur Zeitumstellung am 27. Oktober rufen die AWO Schleswig-Holstein und der SoVD Landesverband Schleswig-Holstein Journalistinnen und Journalisten mit einer bundesweiten Aktion auf, die „gewonnene“ Zeit für eine andere Art der Berichterstattung zum Thema Altenpflege zu spenden.

„Die FAZ hat die Zeitumstellung einmal als 'sozialen Jetlag ohne Sinn' betitelt“, erklärt Michael Selck, Landesgeschäftsführer der AWO Schleswig-Holstein. „Warum aber die Tatsache einer zusätzlichen Stunde nicht sinnvoll nutzen, um sich einmal intensiv mit dem gesellschaftlich so wichtigen Thema Alter und Pflege zu beschäftigen?“

„Zur Zeit reden die meisten nur von Pflegeskandalen oder Pflegereform, doch kaum einer vom tatsächlichen Leben mit Pflege“, so Guido Bauer, Pressesprecher des SoVD. „Die wirklich spannenden Fragen werden meist gar nicht erst gestellt und die vielen interessanten Geschichten von Menschen in der Pflege nur selten erzählt. Geschichten von Familie und Wahlverwandtschaft, von Eierlikör, Sehnsucht nach Berlin oder dem letzten Schokohasen: Geschichten, die berühren, motivieren, nachdenklich und neugierig machen. Und die zeigen, wie die Arbeit und das Leben mit Pflege wirklich sind“.

Änderung des Altersbildes

„Mit der Aktion im Rahmen unserer Jahreskampagne 'Wer hat an der Uhr gedreht? Pflege braucht Zeit!' möchten wir den Journalisten auch die Chance bieten, das, was sie im Rahmen der Altersstudie des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Robert Bosch Stiftung 2009 formuliert haben, in die Praxis umzusetzen“, so Michael Selck: 85 Prozent der im Rahmen der Studie befragten Journalisten halten eine Änderung des aus ihrer Sicht dominanten Altersbildes für notwendig. Besonders wichtig sei es, ein differenzierteres Altersbild zu vermitteln: Alter nicht nur als heile Werbe-Welt der agilen „Silver-Agers“, aber auch nicht nur als triste Welt von in Heimen dahinsiechenden Greisen. Stattdessen wurde dafür plädiert, die Chancen und Potenziale des Alters stärker zu betonen: Warum ist auch ein Leben trotz Pflege manchmal ein gutes Leben und der Pflegeberuf viel besser als sein Ruf?

Hilfe bei der Recherche


Mit der Aktion „60 Minuten für die Pflege“ hoffen AWO und SoVD auf eine kontinuierliche Berichterstattung, die ein solch differenziertes Bild von Alter und Pflege vermittelt. Dafür haben die beiden Verbände zahlreiche Themenvorschläge und Hintergrundinformationen zusammen gestellt. „Von fertigen Geschichten aus unserem Kundenmagazin HERZ oder unserer Kundeninformation Pflege, Vermittlung von Interview-Partnern oder Hilfe bei der Recherche bis hin zu Lokalthemen. Aber auch Schülerzeitungen zum Beispiel finden sicher jede Menge Themen und Aktionsideen.“

Vor allem aber laden AWO und SoVD die Journalistinnen und Journalisten ein, das Thema Pflege persönlich zu „erfahren“: „Zum Beispiel durch einen Tag auf Tour mit einem Pflegedienst oder unterwegs mit dem Tagespflegebus. Am meisten aber sind wir gespannt, wer uns nachts zwischen 2.00 h und 3.00 h besucht, um die 'gewonnene' Stunde mit dem Nachtdienst zu verbringen“, so die Initiatoren.

Kontakt für Journalistinnen und Journalisten
Anke Buhl, Referentin für Alten- und Pflegepolitik der AWO Schleswig-Holstein gGmbH
Sibeliusweg 4, 24109 Kiel
Telefon: (0431) – 5114-155, E-Mail: anke.buhl(at)awo-sh.de

Nähere Informationen zur Kampagne gibt es unter www.awo-pflege-sh.de/zeit. Das Kampagnen Logo und weitere Informationen stehen im Downloadbereich zur Verfügung: www.awo-pflege-sh.de/kampagnen/hast-du-etwas-zeit-fuer-mich/downloadbereich/.

2.9 Beitrag auf www.schwaebische.de über die Aktion "Die Pflege liegt am Boden"

[nach oben](#) 

Pflegekräfte demonstrieren in Aalen für bessere Bedingungen

von Verena Schiegl
Beitrag auf www.schwaebische.de.

07.10.2013 - Rund 100 Pflegekräfte machten gestern Morgen auf die Missstände in stationären Einrichtungen aufmerksam und legten sich symbolisch auf den Boden.

Aalen „Die Pflege liegt am Boden.“ Unter diesem Motto haben rund 100 in der Pflege Beschäftigte am Montag auf dem Aalener Marktplatz demonstriert. Dazu aufgerufen hatte die

Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB). Mit Transparenten machten sie auf die Missstände in stationären Einrichtungen aufmerksam, forderten, der Pflege aufzuhelfen und dem Beruf wieder mehr Wertschätzung entgegenzubringen.

Unterbesetzung, Überstunden, unbezahlter Mehreinsatz, hohe Verantwortung und Optimierungsdruck. Die Liste der Punkte, die den Notstand in der Pflege deutlich machen, ist ellenlang. Ebenso die Forderungen der Beschäftigten, die Maria Sinz, Referentin der KAB Ostalb, zum Teil durchs Megaphon gerufen hat. Sie plädiert für mehr Personal, bessere Rahmenbedingungen und eine leistungsgerechte Bezahlung. Darüber hinaus gelte es, die Pflegeversicherung solidarisch auszubauen und das Unterschreiten der Fachkräftequote zu sanktionieren. Nicht die Gewinnorientierung stehe an erster Stelle, sondern das Gemeinwohl.

Mit ihrer Protestaktion haben die Pflegekräfte das Interesse zahlreicher Passanten auf sich gezogen. Viele von ihnen wissen um die Situation der Beschäftigten und die hohen Anforderungen an ihren Beruf. So etwa Christel Stegmeier aus Schwäbisch Gmünd. Sie selbst arbeitet ehrenamtlich in zwei Pflegeheimen und wisse aus Erfahrung, dass die Leistung der Pflegekräfte in keinem Verhältnis zu den Arbeitszeiten stehe. „Teilzeitbeschäftigte werden zu 70 Prozent angestellt, müssen jedoch zu 100 Prozent arbeiten.“ Darüber hinaus ließe es der hohe Zeit- und Arbeitsdruck nicht zu, voll und ganz auf einen Menschen einzugehen und sich neben der Pflege noch Zeit für diesen zu nehmen.

Am Rande der Demonstration verteilten Mitarbeiter der KAB Protestkarten mit der Aufschrift „Mehr Hände für die Pflege!“ Diese Aktion findet im Rahmen der diözesanweiten Woche für soziale Gerechtigkeit statt. Auf der Rückseite der Karte kann jeder mit seiner Unterschrift die Landespflegesatzkommission dazu auffordern, den Personalschlüssel und die Fachkraftquote zu erhöhen.

III. Veranstaltungen und Termine

[nach oben](#) ↑

3.1 DGB: „Aufbruch für eine bessere Pflege“ am 30.10.2013 in Berlin

[nach oben](#) ↑

„Aufbruch für eine bessere Pflege“
30. Oktober 2013
10.30 bis 15.30 Uhr
Hotel Aquino Tagungszentrum

Tagungsprogramm und Anmeldeformular finden Sie [hier](#).

3.2 Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk: Pflorgetreff am 19.11.2013 in Neuss-Erfttal

[nach oben](#) ↑

„Palliativversorgung (Medizin & Pflege)
Hospizarbeit – Sterbebegleitung
ambulant und stationär“

Der (19.) Pflorgetreff wird am Dienstag, dem 19.11. 2013, 17.00 - 19.00 Uhr, im Jugendzentrum "Kontakt Erfttal", (großer Saal) Bedburger Straße 57, 41469 Neuss-Erfttal, das Thema aufgreifen und dabei nicht nur die regi-onalen, sondern auch überregionalen Gesichtspunkte einer guten Palliativversorgung erörtern.

Weitere Infos gibt es [hier](#).

3.3 Gesellschaft für Politische Bildung: "Gar nicht pflegeleicht!" Seminar vom 02.-06.12.2013 in Würzburg

[nach oben](#) ↑

Die Gesellschaft für Politische Bildung e.V. lädt vom 02. bis 06.12.2013 in die Akademie Frankenwarte Würzburg zum Seminar ein:
Gar nicht pflegeleicht! Pflege in Praxis und Politik

Die Zahl der Pflegebedürftigen nimmt zu. Gleichzeitig mangelt es längerfristig an verfügbaren Fachkräften. Ein Großteil der sozialen Verantwortung tragen pflegende Angehörige, überlastete Pflegekräfte und bürgerschaftlich Engagierte. In diesem Seminar stehen die Herausforderungen für professionell wie informell Pflegende im Mittelpunkt. Wie sollten die Weichenstellungen für eine neue Pflegepolitik gestaltet werden?

[Hier](#) geht es zu Programm und Anmeldeformular.

Weiterempfehlen

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen Sie sie doch weiter.

Wichtig

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail (annika.lange@diakonie.de) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

Impressum

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Projekt: Bündnis für gute Pflege
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: stephan.roeger@diakonie.de
Web: www.diakonie.de

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr gemeinsam.

Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,
Vereinsregister 31924 B
USt-IdNr.: DE 147801862

Abmelden

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

Redaktion

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an Dr. Annika Lange (annika.lange@diakonie.de).

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten. Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzender
Präsident OKR Johannes Stockmeier

stellvertretende Vorsitzende
Präsidentin Cornelia Füllkrug-Weitzel

Dr. Jörg Kruttschnitt
Maria Loheide
Tilman Henke
Prof. Dr. Claudia Warning